

10.02.2020

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt Haltung: Keine Zusammenarbeit mit der AfD.

Im thüringischen Landtag wurde am 5. Februar 2020 im dritten Wahlgang Thomas Kemmerich (FDP) mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser Vorgang bestimmt seitdem die politische, mediale und gesellschaftliche Debatte.

Das Ergebnis der thüringischen Landtagswahl vom 27. Oktober 2019 hat ein für die demokratischen Parteien schwieriges Ergebnis hervorgebracht: Rund 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten bei der Wahl für Parteien am politischen Rand. Eine parlamentarische Mehrheit ohne die Parteien „Die Linke“ oder „AfD“ ist nicht möglich.

Vertreter der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Nordrhein-Westfalen haben noch im Laufe des 5. Februar 2020 in den Medien erste Stellungnahmen zu den Vorgängen in Erfurt abgegeben. Der einhellige Tenor: Die Wahl ist kein guter Tag für die Demokratie und kann keine Grundlage für eine Regierungsbildung in Thüringen sein. Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit von Demokraten mit der AfD darf es nicht geben.

Die AfD ist eine rechtspopulistische, in Teilen auch rechtsextreme Partei. Sie argumentiert rassistisch, völkisch und geschichtsvergessen. Die AfD macht keine Politik zum Wohl der Menschen. Im Gegenteil: Sie will aus Problemen und Ängsten der Menschen politisches Kapital schlagen. Immer wieder wurde auch im Landtag Nordrhein-Westfalen deutlich, dass sie für ihre Ziele parlamentarische, demokratische Spielregeln missachtet.

Eine Zusammenarbeit mit der AfD – in welcher Form auch immer – ist für die CDU und die FDP undenkbar. Es gab sie nicht, es gibt sie nicht, es wird sie nicht geben. Wer CDU oder FDP in Nordrhein-Westfalen seine Stimme gibt, oder zukünftig geben wird, kann sicher sein, dass sie weder für politische Spielereien zu Lasten unserer Demokratie, noch für eine Akzeptanz oder gar Zusammenarbeit mit den Feinden unserer Demokratie missbraucht wird.

In zahlreichen Plenarsitzungen der Vergangenheit haben die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam beständig deutlich gemacht, dass jedwede Form

Datum des Originals: 10.02.2020/Ausgegeben: 10.02.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

der Kooperation mit der AfD ausgeschlossen ist. Auch in den Reihen der nordrhein-westfälischen AfD gibt es unzählige Beispiele von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus, Geschichtsvergessenheit und demokratischeschädlichem Verhalten. Das macht eine Zusammenarbeit unmöglich. Nach dem Wahlvorgang in Thüringen am 5. Februar 2020 braucht es ein erneutes Signal an die Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, dass so etwas in unserem Land undenkbar ist und bleibt.

Nach der Wahl Kemmerichs zum thüringischen Ministerpräsidenten kam es in Nordrhein-Westfalen und im gesamten Bundesgebiet zu zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen. Insbesondere Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros von CDU und FDP standen dabei im Fokus. Die Landesgeschäftsstellen beider Parteien in Düsseldorf wurden durch Farbschmierereien und Graffiti mit eindeutigen Botschaften verschmutzt. Ebenso mussten aufgrund von konkreten Bedrohungen Parteigremiensitzungen verlegt oder konnten nicht wie sonst üblich öffentlich kommuniziert werden.

Die Parteien der demokratischen Mitte müssen dieser Gewalt gemeinsam entgegentreten. Gewalt darf niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung werden. Vielmehr betreiben die Gewalttäter durch eine Verrohung der politischen Kultur das Geschäft der AfD. Die Solidarität des nordrhein-westfälischen Landtags gilt allen Politikerinnen und Politikern, die bedroht oder angefeindet werden.

Aufgrund der überragenden Bedeutung dieses Themas für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie in unserem Land muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen dieser Vorgänge in einer Aktuellen Stunde annehmen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

Christof Rasche
Henning Höne

und Fraktion

und Fraktion